

Anhang

I. Handlungsfelder staatlicher Nachhaltigkeitspolitiken

Im Zuge der vorliegenden Untersuchung wurde eine enorme Bandbreite von Vorschlägen für staatliche Nachhaltigkeitspolitiken ausgewertet. Im Folgenden wird ein Versuch vorgestellt, diese zu kategorisieren. Ein gängiger Ansatz in der Literatur ist die Differenzierung in die drei Handlungsfelder Effizienz, Konsistenz und Suffizienz (vgl. z.B. Sachs 2015; Leuser/Brischke 2017; Böcker et al. 2021, 10ff). Diese Differenzierung soll an dieser Stelle konkretisiert und erweitert werden. Demnach lassen sich folgende Handlungsfelder unterscheiden, wobei sich einige Maßnahmen und Vorschläge mehreren Kategorien zurechnen lassen:

1. *Effizienz- und Konsistenzpolitiken* zielen auf umweltverträglichere Produktionsprozesse durch technische und soziale Innovationen, die zum Umstieg auf eine nachhaltigere Ressourcenbasis der Produktion oder zur Steigerung der Ressourceneffizienz führen. Beispielhafte Maßnahmen sind die ökologische Steuerreform, dynamische Effizienzstandards, Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft oder die Förderung sozial-ökologischer Innovationen wie z.B. Tauschwirtschaft oder „Prosumentengemeinschaften“.
2. *Postwachstumspolitiken* zielen auf die Ermöglichung und Umsetzung des Ausstiegs aus der Wachstumsdynamik. Diesbezüglich ist die bereits eingeführte Unterscheidung zwischen Wachstumstreibern und Wachstumsabhängigkeiten wichtig. In Anbetracht dessen können folgende Handlungsfelder unterschieden werden:
 - a. *Politik zur Einhegung struktureller Wachstumstreiber*: Dies reicht von der Überwindung punktueller Wachstumstreiber wie dem gegenwärtigen Geldschöpfungssystem, den unregulierten Finanzmärkten oder wachstumsfokussierter Unternehmensformen bis zur grundlegenden Infragestellung des Kapitalismus und der Beschreibung wirtschaftlicher Fundamentalalternativen.
 - b. *Politik zur Einhegung kultureller Wachstumstreiber*: Dieses Handlungsfeld zielt auf die Veränderung der Kultur im Sinne von Präferenzstrukturen, Wohlstands- und Freiheitsverständnissen, Normalitätsvorstellungen und darauf aufbauenden Lebensstilen. Dafür werden, in verschiedener Eingriffstiefe, z.B. staatliche Aufklärungskampagnen, eine veränderte Bildungspolitik, Einschränkung von Werbung, Veränderung von (z.B. preislichen oder infrastrukturellen) Anreizstrukturen

oder gezielte Umerziehungsmaßnahmen vorgeschlagen. Aber auch Politiken zur Einhegung struktureller Wachstumstreiber, die als Ursache für die Wachstumskultur angeführt werden, sind hier zu subsumieren.

- c. *Politik zur Einhegung sozio-ökonomischer Wachstumstreiber:* Dies umfasst Maßnahmen zur gezielten Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung sowie zur Einhegung sozialer Ungleichheit als Quelle des mimetischen materiellen Begehrrens.
 - d. *Politik zum Abbau von Wachstumsabhängigen:* Dies rekurriert auf die wachstumsunabhängige Ausgestaltung gesellschaftlicher Bereiche, die bisher durch ihre Wachstumsabhängigkeit einen starken Wachstumsdruck auf politische Entscheidungsträger und die Gesellschaft ausüben (v.a. Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, Zinslast aus Staatsverschuldung).
 - e. *Direkte Begrenzungspolitik:* In diesem Handlungsfeld werden bestimmte, für besonders umweltschädlich gehaltene Branchen und Produktionszweige, z.B. durch Moratorien oder Investitionsverbote, direkt begrenzt.
3. *Voraussetzungspolitiken:* Dieses Handlungsfeld umfasst Politiken, welche die staatliche und gesellschaftliche Fähigkeit für ambitionierte öko-politische Veränderungen erhöhen sollen:
- a. *Politiken zur Steigerung der ökologischen Leistungsfähigkeit des Staates:* In diesem Handlungsfeld geht es um die Veränderung des politischen Systems mit dem Ziel, einen erwünschten (ökologischen) Policy-Output zu ermöglichen. Dies umfasst klassische Staatsstrukturpolitik (z.B. radikale Demokratisierung, ökologischer Rat, zustimmungsunabhängige Führung) wie auch verfassungsrechtliche Veränderungen zur stärkeren Selbstbindung des Staates.
 - b. *Soziale Gerechtigkeitspolitiken:* Dieses Handlungsfeld dient der sozialpolitischen Begleitung von Nachhaltigkeitspolitiken. Beispielsweise wird eine größere soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für die Akzeptanz von Postwachstumspolitiken angemahnt. Aber auch marktbasierter umweltpolitischer Instrumente wie z.B. Öko-Steuern oder Emissionshandelssysteme sollen sozialpolitisch abgedeckt werden.

Die Gewichtung der Handlungsfelder einerseits sowie andererseits die jeweils intendierten Veränderungsrichtungen innerhalb der einzelnen Handlungsfelder unterscheiden sich stark zwischen den konkurrierenden Strömungen des ökologischen politischen Denkens.

II. Überblickstabelle: Die wichtigsten Kontroversen im ökologischen politischen Denken

Tab. 5: Die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens mit beispielhaften Positionen

Grundfrage	Spezifische Kontroverse	Ausgewählte Positionen
Wachstumsfrage	Kann-Frage: Absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch? Soll-Frage: Zusammenhang Wirtschaftswachstum – Lebensqualität? Funktionelle Gründe für Wachstum?	Grünes Wachstum Wachstumsabhängigkeit Degrowth Soziale Wachstumskritik funktionale Wachstumsbefürwortung (z.B. Denker des grünen Wachstums) liberale Wachstumsbefürwortung (Flicks) conditio humana (später Bahro)
Ursachen der ökologischen Krise	Materialistische vs. idealistische Krisenbegründung Ökologische Krise als Kulturkrise bzw. Problematisierung von Subjektivitäten? Systemimmanenter Wachstumszwang des Kapitalismus?	Falsche Rahmung der Märkte (Denker des grünen Kapitalismus) Kapitalismus (Oko-Sozialisten) Weltschauung der Moderne (Gruhl) conditio humana (später Bahro) Krise als Folge des Kapitalismus (Oko-Sozialisten) Krise als Folge des kleinen Friedens des Christentums (Amery) Ja - Wachstumskritiker Nein: Wachstumsoptimisten + ökologische Position (Flicks) Ja: antikapitalistische Wachstumskritik (Oko-Sozialisten)
	(Repräsentativ-nationalstaatliche) Demokratie als Krisenursache?	Nein: Eppler Ja: autoritäre Wachstumskritiker, radikale Demokratisierungsdenkern Nein: Denker des grünen Wachstums, reformorientierte Wachstumskritiker
Kulturwandel/ Veränderter Mensch als Voraussetzung?	Ist Kulturwandel erforderlich? Ist die Forderung nach Kulturwandel legitim? Ist der erforderliche Kulturwandel möglich? (nur z. Zeitpilote) Wie tiefgreifend muss der Kulturwandel sein?	Ja: Wachstumskritiker Nein: Wachstumsoptimisten Ja: Wachstumskritiker Nein: Oko-liberale Position Ja: demokratische Wachstumskritiker Nein: autoritäre Wachstumskritiker Immaterialielles Wohlstandsverständnis (z.B. Döre) Emanzipation von der kapital. Subjektivität (z.B. Felber, Fromm) Überwindung des christlich-ideellen Erbes (Amery) Anthropologische Revolution (später Bahro)
	Eingriffstiefe staatlichen Handelns im Prozess des Kulturwandels	Veränderung von Rahmenbedingungen (Suffizienzpolitik z. B. bei Loske, Kopatz) Gezielte Bildungs- und Kampagnenpolitik (z.B. Felber, Fromm) Staatliche Umerziehung (Hirsch, später Bahro)
	Religion als Ressource für Kulturwandel (nur Phase 1)	Ja: Gruhl, Jonas, Amery, später Bahro Nein: Strasser
	Anthropozentrismus vs. Okozentrismus (v.a. Phase 1)	Okozentrismus: Amery, Gruhl, später Bahro Anthropozentrismus: Strasser

II. Überblickstabelle: Die wichtigsten Kontroversen im ökologischen politischen Denken

Zukunftsfähiges Wirtschaftssystem	Zukunftsähigkeit des Kapitalismus	▲ Grüner Kapitalismus ▲ Eingehgter Kapitalismus ▲ Antikapitalismus
	Staatliche Eingriffstiefe gegenüber dem Markt	▲ Veränderte Markt-Rahmenbedingungen (Denker des ök. Kapitalismus) ↓ ▲ Staatische Rahmenplanung (z.B. Strasser, Altbrater, Gruhl, Dörre) ▲ Staatische Detailplanung (z.B. Harich, Kern)
Eigentumsverhältnisse		▲ Privateigentum (z.B. Denker des ökologischen Kapitalismus) ▲ Staatseigentum (z.B. Harich, Kern) Vergesellschaftung (z.B. Exponenten des demokratisierten Öko-Sozialismus) dezentrale Vergemeinschaftung (z.B. Amery, Muraca)
Zukunft der Marktwirtschaft		▲ Konkurrenz als Innovationsstreiber (z.B. Denker des ök. Kapitalismus) Konkurrenz als Wurzel des Wachstumszwangs (antikapital. Wachstumskritik)
Zukunftsfähige Politik, Einwirkung auf der Nachfrageseite (direkte Konsumkontrolle, Bevölkerungspolitik, Einwirkung auf Präferenzstrukturen)		▲ Grüner Kapitalismus ▲ Suffizienzpolitiken (z.B. Loske, Kopatz) Demokratische Planwirtschaft (z.B. Strasser, Dörre) Autoritäre Planwirtschaft (z.B. Harich, Gruhl, später Bahro) Öko-Diktatur
Zukunftsfähiges politisches System	Demokratie vs. autoritäres System (nur 1. Zeitphase)	▲ Ökologische Demokratie Inkrementelle Veränderung (z.B. Denker des grünen Wachstums) radikale Demokratisierung (demokratische Systemwechselseitpositionen) Institutionalisierung von Zukunftsinteressen z.B. durch Zukunftsrat (Loske) Erweiterung um expertokratische Elemente (z.B. Peukert, Fromm)
	Zukunftsähige Form der Demokratie	▲ Dezentralisierung (z.B. Strasser, Amery, Muraca) Zentralisierung (z.B. Öko-autoritäre Positionen, Kern, Peukert)
	Steuerungsebene	▲ Ja: Wachstumskritiker Nein: Wachstumsoptimisten + Öko-liberale Position
	Tugendhafte Bürgerschaft als Voraussetzung?	▲ Nein: Dezentralisierungsdenker (z.B. Amery, Fromm, Strasser, Brand) Ja: Dezentralisierungsdenker (z.B. Eppler, Feber)
Prozess des Wandels	Demokratisierung und Dezentralisierung als Voraussetzungen für tugendhafte Bürgerschaft?	▲ Bottom-up, v.a. Zivilgesellschaft (z.B. demokratische Systemwechseldenker) Top-down, v.a. staatliche Eliten (z.B. Gruhl)
	Maßgebliche Impulsgeber und Transformationsakteure	▲ Staatsfokus (z.B. Öko-Autoritäre, zentralisierter Öko-Sozialismus) Transformation mittels und jenseits des Staates (z.B. Loske, Fromm) Transformation am Staat vorbei (Amery, Muraca)
	Staat als Transformationsinstrument?	▲ Außerparlamentarische Opposition (z.B. Feber)
	Wie wird der Staat zum Transformationsinstrument?	▲ Marsch durch die Institutionen (z.B. Feber) Revolution (Harich, später Bahro)

III. Abkürzungsverzeichnis

Abbildung	Abb.
Bruttoinlandsprodukt	BIP
Bündnis90/Die Grünen	Die GRÜNEN
Entsprechend	Entspr.
Food and Agriculture Organization of the United Nations	FAO
Hervorhebung im Original	Herv. i.O.
International Energy Agency	IEA
Im engeren Sinne	I.e.S.
Intergovernmental Panel on Climate Change	IPCC
Organization for Economic Co-operation and Development	OECD
Siehe oben	S.o.
Sachverständigenrat für Umweltfragen	SRU
Siehe unten	S.u.
Tabelle	Tab.
Umweltbundesamt	UBA
United Nations Environment Programme	UNEP
Vergleiche	Vgl.
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung	WBGU
Globale Umweltveränderungen	
World Trade Organization	WTO
Zum gesamten Absatz	Zum ges. Absatz
Zusammen mit	Zus. mit